

In den Kriegen der einzigen Weltmacht mitmachen? Gegen die Einbindung der Schweizer Armee in die Angriffskriege Das Militärgesetz und das Zivilschutzgesetz am 18. Mai verhindern

Die Armee XXI, die am 15. Oktober 2002 im Parlament genehmigt worden ist, wird mit dem neuen Militärgesetz eingeführt. Die Armee XXI dient dazu, dass sich die Schweizer Armee der Hegemonie der USA unterordnet und die USUno-Kriege mitführen kann oder zumindest deren Eroberungen in den Protektoraten absichert. In seiner Vorfreude darauf, hat Bundesrat Samuel Schmid dem Lärmschutzkomitee in Sion vor Weihnachten mitgeteilt, dass der Flughafen von Sion in Zukunft ein „Kriegsflughafen“(!) werde, also mit mehr Lärm zu rechnen sei. Schliesslich müssen die anstehenden Kriege zur „Neuordnung der Welt“ auch in den Bergen geübt werden. Sollen wir Bürger fatalistisch - wie vor dem 1. Weltkrieg - darauf warten, wann endlich der angekündigte Krieg losgeht? Vor dem 1. Weltkrieg wollten die Militärs ihren Krieg in 3 Monaten auf dem Rücken von Millionen Toten beendet haben. Bush hingegen hat uns mit 30 Jahren Krieg gedroht - im mittelalterlichen Kampf gegen das Böse, ohne Völkerrechtsschranken, ohne Bürgerrechte, ohne Demokratie. Bezahlen muss jeder einzelne mit Tod, Behinderung, Angst und Schrecken oder auch nur dadurch, dass er jahrzehntelang den Krieg mit einem geringeren Lohn mitbezahlt. Selbstverständlich wird in dieser Kriesslogik der Zivilschutz vernachlässigt, der einzelne hat keinen Wert mehr - jetzt auch ganz offen in der 1. Welt.

Gegen diese Einbindung der Schweiz in die Kriesslogik einer hegemonialen Supermacht sollte sich jeder Kriegsgegner, jede Linke, jeder Ökologe, jede sozial Denkende, jeder Demokrat, jede Liberale und jeder Konservative wehren. Deshalb können wir es nicht zulassen, dass die Schweiz mit dem neuen Militärgesetz ihre Armee den Anforderung der von den USA dominierten Nato unterstellt.

Die Armee XXI - ein Produkt der Nato-Kriesslogik

Das Konzept „Sicherheit durch Kooperation“ (SIPOL B 2000)“ der Schweizer Armee vom 7. Juni 1999 ist die Gleichschaltung der Schweizer Armee unter die neue Angriffsdoktrin der Nato vom April 1999. Bundesrat Cotti hat die Schweiz selbstherrlich ohne Diskussion im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ 1996 in die Nato geführt - mit den gleichen Verpflichtungen wie im Nato-Vertrag von 1949. Die Schweiz soll damit ebenso ein Vasall der einzigen Weltmacht werden wie die anderen Nato-Staaten - solange die Bürger ruhig zuschauen. Die neue Angriffsdoktrin der Nato von 1999 sieht vor, dass die Nato solche Länder angreifen kann, die zum Beispiel die vom IWF und der WTO geforderten notwendigen Reformen wie die Privatisierung aller öffentlichen Dienste nicht durchführen (Artikel 20). Der Angriff auf Jugoslawien 1999 hat gezeigt, dass mit der Warden-Doktrin neben der Zerstörung der Infrastruktur ausdrücklich die Bevölkerung zur Zielscheibe von Angriffen gemacht wird. Die Armee ist das letzte Ziel. Entsprechend ist fast die gesamte jugoslawische Armee schadlos aus den Bombardements hervorgegangen - im Gegensatz zu Spitälern, Schulen, Brücken, zivilen Fabriken. Unter dem Titel „nationbuilding“ werden neue Kolonien eingerichtet, Protektorate, die von Schutztruppen wie im ehemaligen „Deutsch-Südwestafrika“ (heute Namibia) unterdrückt werden - das soll die Schweizer Armee erledigen.

Die Schweizer Berufs- und Zeitsoldatenarmee soll die angekündigten Kriege mitführen

Die in den USA ausgebildeten Divisionäre setzten autoritär die Forderungen ihrer US-Gebieten in der Schweiz durch. Statt Katastrophenschutz im Ausland zu leisten, soll auch die Schweizer Armee Angriffskriege (humanitäre Hilfeleistungen) mitführen, Tod und Elend mit auf die Welt bringen. (Artikel 69 neues Militärgesetz). Da dies der normale Milizsoldat nicht lange mitmachen würde, wird die Armee zu einem Berufs- und Zeitsoldatenmodul - wie in allen anderen Nato-Staaten! (Artikel 47) Da ältere Milizsoldaten auf die Propaganda eines abenteuerlichen Lebens im Krieg weniger hereinfallen, wird die Armee massiv verjüngt (Art. 13) und sogenannte Durchdiener eingeführt. (Art. 54a). Wer in den letzten 15 Jahren einen Militärstrategen gehört hat, weiss, dass der Aufbau einer hochspezialisierten kleinen Armee für die neuen Kriege vorgesehen ist. Milizarmeen sind für den Angriffskrieg in aller Welt nicht geeignet.

Keine Unterordnung unter Grossmachtinteressen

Warum fordert die NZZ am Sonntag vom 29.12. ganz offen die Unterordnung unter das amerikanische Reich? Und behauptet dabei, das sei der Lauf der Welt? Wer will uns weismachen, dass wir einfach in einen weiteren Weltkrieg hineinschlittern müssten? Wer hat beschlossen, dass Krieg gegen jedes Völkerrecht zu einem Mittel der Politik gemacht wird? Warum hofiert der Chefredakteur des Tages-Anzeiger ausgerechnet am Tag der grossen Anti-Kriegs-Demonstrationen dem Kriegstreiber Blair, den er selbst als US-Vasallen bezeichnet. Kritiklos repetiert er die Kriegspropaganda von US-Aussenminister Powell, der deutsche Kanzler Schröder fördere den Krieg im Irak, weil er sich so absolut gegen den Krieg ausspreche. Er fordert gar, die Kriegsgegner müssten einen Angriffskrieg auf den Irak akzeptieren, wenn er vom Uno-Sicherheitsrat beschlossen werde. Angriffskriege, ja sogar die Androhung von Gewalt sind aber, Herr Hartmeier, durch die Uno-Charta Artikel 2.4 verboten. Die Medien gerade in einem neutralen Land sollten sich gut überlegen, ob sie untertänig die Propaganda des US-Geheimdienstes weitergeben.

Kriege haben in der Geschichte immer Macht- und Geldinteressen gedient. Auch heute geht es um Öl und andere Rohstoffe, um Geostrategie, nicht einmal mehr um Einflussphären, sondern um direkte Herrschaft, um ein amerikanisches Imperium, das auch die amerikanische Bevölkerung nicht will .

Alternative: Neutralität als Friedenskonzept

Neutralität dagegen ist ein Friedenskonzept für die ganze Welt, wenn sie als solches verstanden wird. Sie verhindert Teilnahme an Grossmachtpolitik und setzt Energien frei für echte Friedensmissionen. Sie ermöglicht, den Konfliktparteien unvoreingenommen zu begegnen, offene und nachhaltige Konfliktlösungen zustandezubringen - keine Befriedung. Wenn sich aber die Politiker und Offiziere einen Platz im neuen Imperium warm halten wollen und deshalb liebedienerisch den Krieg forcieren, die Bürger- und Menschenrechte aufheben und das Geld der Bürger für eine zentralistische Durchstrukturierung der Zivilgesellschaften einsetzen, dann müssen eben die Bürger dagegen vorgehen.

Ist ein Uno-Krieg besser als ein reiner US-Krieg?

Ein Teil der sogenannten Linken wird bald ihr Fehlurteil erkennen, dass man mit der Internationalisierung der Armee im Rahmen der Uno etwas für den Frieden tun werde, wo doch über den „Frieden“ der Uno-Sicherheitsrat mit den 5 Atommächten beschliesst. Spätestens seitdem die Schweizer Soldaten mit Uno-Mandat im Kosovo das US-Protektorat mit dem Kriegsflughafen „Bondsteel“ schützen helfen, sollte eigentlich diese Idee vom Tisch sein. „Friedenseinsätze“ wie in Afghanistan müssen gegen das Volk gerichtet sein. Beteiligt an der „Regierung“ sind ein paar künstlich aufgebaute Vertreter von Kleingruppen, in Afghanistan mit einem „Präsidenten“, der ein Angestellter eines US-Ölmultis war.

Ausrichtung an Nato-Kriegsanforderungen auf dem Verordnungsweg?

Wir finden, dass wir das nicht akzeptieren können. Das geht aber nur noch bei dieser Abstimmung. Denn im neuen Militärgesetz würde festgelegt, dass das Volk über die weitere Anpassung an die USNato-Forderungen nicht mehr abstimmen dürfte. Alles wird dem Parlament und vor allem dem willfähigen Bundesrat übertragen. Wenn die Armee den weiteren Anforderungen des neuen Imperiums angepasst werden soll, geht das über den Verordnungsweg.

Kein Abbau des Bevölkerungsschutzes

Wen nimmt es wunder, dass in der neuen Kriegsführungsstrategie der Schutz der Bevölkerung auch in der Schweiz nur noch einen kleinen Platz hat. Der Schweizer Bundesrat findet, wir befänden uns im Frieden. Kriege könne man 5 bis 10 Jahren vorher erkennen. Deshalb wollen sie die Zahl der Zivilschützer um einen Drittel reduzieren, nicht etwa nach Bedarf der örtlichen Situation, sondern nach zentraler und pauschaler Anordnung. Die hohen Herren wissen, wohin sie sich im Notfall sicher zurückziehen können. Das Volk hat in den ärmeren Kantonen weniger Schutz, da die Kosten auf die Kantone verschoben werden. Im neuen Zivilschutzgesetz ist nicht mehr vorgesehen, dass im Kriegsfall schutzsuchende Personen aufgenommen, untergebracht und gepflegt werden müssten (fehlt im neuen Artikel 4). Im Kriegsfall wird es aber viele Menschen geben, die bei uns Schutz suchen und aufgenommen werden sollen.

Wir empfehlen deshalb am 18. Mai 2 x Nein zum Militärgesetz und zum Zivilschutzgesetz.

Kontakt: frieden.rechte@bluewin.ch, Diethelm Raff 076 349 61 52

